



GÖTTINGER BLÄTTER

09.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

~~X~~ DIE LINKE - die wählbarste der Partei'n

Auf den ersten Blick erscheint das Wahlprogramm der LINKEN wie eine unrealistische Ansammlung von Versprechen und Widersprüchen. DIE LINKE will die Privatisierung von Krankenhäusern stoppen und rückabwickeln. Qualifiziertes Personal soll dort wie auch von ver.di gefordert gut bezahlt und in ausreichender Zahl seine Arbeit tun. Der Verkauf von öffentlichen Wohnungsgesellschaften soll rückgängig gemacht werden, damit eine riesige Zahl für den kleinen und mittleren Geldbeutel bezahlbare kommunale Wohnungen geschaffen wird. Die Privatisierung von Stadtwerken soll rückgängig gemacht werden. Der öffentliche Verkehr soll massiv ausgebaut werden und kostenlos sein. So ließe sich das noch endlos für jeden Lebensbereich ausführen.

Zugespitzt: DIE LINKE will steuerliche Mehreinnahmen von 180 Milliarden Euro pro Jahr generieren und gleichzeitig die große Mehrheit von Steuern und Abgaben entlasten. Sie will den öffentlichen Gesundheitssektor mit deutlich mehr Geld finanzieren, aber den Prozentsatz zur Krankenversicherung senken.

Ist diese Partei jetzt vollkommen irre geworden und hat das Aufblasen von Wolkenku-

ckucksheimen als genialen Wahlkampftrick für sich entdeckt?

Nein, es ist umgekehrt: Die große Mehrheit der Bevölkerung ist von allen Parteien, die sich bis zum Beginn der 90'er Jahre im Bundestag breit machen konnten, gnadenlos über den Tisch gezogen worden.

An zwei Punkten soll das belegt werden: Die große Mehrheit zahlt einen zunehmend hohen Prozentsatz und auch noch einen sogenannten Zusatzbeitrag in die gesetzliche Krankenversicherung ein und trotzdem sinkt die Leistungsfähigkeit der Kassen fast stetig. Die sogenannte Beitragsbemessungsgrenze sorgt dafür, dass aus höheren Einkommen nicht ein Cent mehr in die gesetzliche Krankenkasse fließen kann, als wenn diese 4.350 Euro betragen würden. Außerdem ermöglichen Einkommen, welche die sogenannte Pflichtversicherungsgrenze überschreiten, den Wechsel in die private Krankenversicherung.

DIE LINKE räumt mit ihrem aktuellen Wahlprogramm gleich mehrere destruktive Konventionen ab und sorgt dafür, dass die Kassen wieder besser gefüllt werden. Die Beitragsbemessungsgrenzen sollen gestrichen werden: Von jedem Einkommen soll in voller Höhe der gleiche Prozentsatz ein-

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

DIE LINKE zur Wahl	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
DKP wählen	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 10.2017
ist der 15. September.
Auslieferung am 21. September.

gezahlt werden. Natürlich kann man dann den Prozentsatz der Krankenversicherung für alle senken und trotzdem viel mehr Geld schöpfen. Natürlich kann die Rentenkasse bei gleichem Prozentsatz viel besser gefüllt werden, wenn alle voll einzahlen.

Ähnliches gilt für die Steuer: Steuern für Konzerne und hohe Einkommen sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter gesenkt und Schlupflöcher geschaffen worden. Aber das steuerliche Existenzminimum wurde viel zu niedrig gehalten. DIE LINKE fordert einen drastisch erhöhten Freibetrag der Einkommensteuer: 12.600 statt 8.820 Euro pro Jahr.

Diese Korrekturen haben sehr vorzeigbare Folgen für die Belastung der niedrigen und mittleren Einkommen, wie die Einkommenstabelle unten zeigt. Der Landesverband Niedersachsen druckt jetzt ein Faltblatt in großer Zahl und bietet es den Kreisverbänden an: „Das rechnet sich!“ Es gehört in jeden Briefkasten. Mehr dazu auf der Internetseite, welche unser Kreissprecher*innenrat eingerichtet hat: www.dasrechnet.sich.org.

Wie viel Netto bliebe vom Brutto?

Einkommen im Monat (brutto)	Netto derzeit	Netto Tarif DIE LINKE	+/- monatlich	+/- jährlich
1.300,-	990,-	1.070,-	+ 80,-	+ 870,-
1.700,-	1.220,-	1.350,-	+ 130,-	+ 1.500,-
3.400,-	2.140,-	2.340,-	+ 200,-	+ 2.400,-
4.500,-	2.680,-	2.890,-	+ 210,-	+ 2.500,-
6.000,-	3.420,-	3.540,-	+ 120,-	+ 1.400,-
8.000,-	4.500,-	4.200,-	- 300,-	- 3.300,-
10.000,-	5.600,-	4.900,-	- 700,-	- 8.500,-
* 105.000,-	56.000,-	31.000,-	- 25.000,-	- 300.000,-

Zugrunde gelegt: Abhängig beschäftigt, Lohnsteuerklasse 1, Steuertarif 2018. Ergebnisse gerundet.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► „Martin Luther und das Judentum – Rückblick und Aufbruch“

Ausstellung in der St. Jacobi-Kirche Göttingen, 20.08. – 20.09.2017

Martin Luther hat ein schwieriges Erbe hinterlassen. In der Anfangszeit der Reformation hat er dafür plädiert, die Juden menschlich zu behandeln. Später hat er sie unerträglich geschmäht und die Anwendung von Gewalt gegen sie gefordert. Auch sein übriges Schrifttum lässt keinen Raum für jüdisches Leben. Alles Licht fällt auf die Seite des Evangeliums, alles Dunkel auf die jüdische Seite, symbolisiert vom Gesetz ohne Gnade. Das jüdische Selbstbild blieb bedeutungslos, obwohl Jesus, wie Luther anfangs betonte, ein „geborener Jude“ war. Erst nach dem Holocaust haben die evangelischen Kirchen begonnen, sich dem lastenden Erbe von Luthers Judenfeindschaft zu stellen. Eine Veranstaltung der St. Jacobi Kirchengemeinde und der Evangelischen Landeskirche, in Kooperation mit

der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der Projektwerkstatt „Spurensuche“ Haus Hoher Hagen.

Die Wanderausstellung wurde unter der Leitung, die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und des jüdischen Touro-College Berlin unter Leitung von Prof. Dr. Peter von der Osten-Sacken erarbeitet und erstmals im Herbst 2015 in der Berliner Sophienkirche gezeigt. Auf den Tafeln der Ausstellung erhalten jüdische und christliche Perspektiven Raum.

Besichtigungszeiten:

Mo.-Do. 11-16h, Fr.-So. 11-18h

Sonderöffnungszeiten für Schulklassen und Gruppen auf Anfrage: kg.st.jacobi-goettingen@evlka.de

Begleitprogramm:

So. 17.09.2017, 11h, St. Jacobi-Kirche

„Perspektiven des Aufbruchs im christlich-jüdischen Dialog, geschichtliche Stationen und konkrete Beispiele“

Referent: Wilhelm Behrendt, Projektwerkstatt „Spurensuche“, Führung durch die Ausstellung

Mo. 18.09.2017, 19:30h, Gemeindesaal der St. Jacobi Kirchengemeinde

Vortrag „Jüdische Sichten auf die Reformation und Martin Luther“

Der Vortrag zeigt anhand ausgewählter Beispiele Jahrhunderte alte, aber auch gegenwärtige jüdische Sichten auf Luther und die Reformation

Referent: Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama, Berlin

► „Banditi e Ribelli – Die italienische Resistenza 1943 – 1945“

Ausstellung 01.09. - 22.09.2017, Stadtbibliothek Göttingen

Ab Ende 1943 fanden viele Frauen und Männer den Mut und die Kraft zum Widerstand gegen die deutsche Besatzung und den italienischen Faschismus. Die hier gezeigte Ausstellung vom Istoreco beleuchtet die Partisanenbewegung von verschiedenen Seiten, um zu einem besseren Verständnis der Resistenza beizutragen. Der Ausstellungsort - das Gebäude der Stadtbibliothek Göttingen - stellt dabei einen authentischen Ort der Erinnerung dar: Während des Deutschen Faschismus wurden hier weit über hundert Antifaschisten aus Göttingen inhaftiert. Die historische Haftzelle wird während der Ausstellung begehbar sein.

Folgende Begleitveranstaltungen werden vom Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur und dem Verein NS-Familien-Geschichte in den Räumlichkeiten der Stadtbibliothek Göttingen veranstaltet:

Widerstand damals & heute (Talk)

Di. 05.09.2017, 19h

Das Gedenken an die WiderstandskämpferInnen von damals kann nicht beim Niederlegen von Kerzen und Blumen enden. Auch heutige Ereignisse zwingen uns eine Haltung

zu ihnen zu entwickeln. Doch ab wann beginnt eine oppositionelle Haltung Widerstand zu sein? Gibt es Kriterien, an denen sich Widerstandsmessen lassen muss? Diese und weitere Fragen möchten die Veranstalter, gestützt durch kurze Input-Referate, in offener Atmosphäre mit dem Publikum diskutieren.

Vielfältiger Widerstand (Szenische Lesung)

Sa. 09.09.2017, 19h

Was war Widerstand gegen den Deutschen Faschismus? Was hat die Widerständigen geeint, wo lagen Unterschiede? Wie konnten Menschen in einer scheinbar aussichtslosen Situation widerständig bleiben? Was bewegt sie dabei? Immer weniger ZeitzeugInnen des Deutschen Faschismus können mit uns ihre Perspektive teilen. Mit einer Collage aus szenischer Lesung, Interviewbeiträgen und künstlerischer Gestaltung wollen wir die historischen AntifaschistInnen wieder zu Wort kommen lassen.

„Sabotatori“ (Filmvorführung)

Fr. 15.09.2017, 18h

Der Film „Sabotatori“ begleitet den ehema-

lige Partisan Fernando Carvazzini und drei TeilnehmerInnen der vom Istoreco geführten Wanderung „Sentieri partigiani“ in ihrem Alltag. Sie erzählen jeweils aus ganz unterschiedlicher Perspektive über ihr politisches Engagement und ihre Motivation im reggiano Apennin die Wege der PartisanInnen nachzuwandern. Unter ihnen ist auch ein Aktivist des alternativen Kulturzentrums AKuBiZ e.V. Er wird an diesem Abend zu Gast sein und für Fragen aus dem Publikum offen sein.

Die Verbrechen der Ordnungspolizei in Italien 1943-1945

Di. 19.09.2017, 19h

Das Wissen darum, dass die Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Verbrechen begangen hat, ist mittlerweile weit verbreitet. Dass allerdings auch die Polizei für viele Massaker (mit-) verantwortlich ist, ist weit weniger bekannt. Die Referentin des Vereins NS-Familiengeschichte zeichnet ausgehend von ihrer eigenen Familiengeschichte die Verbrechen des 15. SS-Polizeiregiments „Oberitalien West“ nach sowie den weiteren Werdegang der Täter nach dem Krieg.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



Mitgliederversammlung
mit Wahl der Delegierten zur Bundesdelegiertenkonferenz 2017
Dienstag, den 12. September, Berliner Hof

► Der ausstehende Reichtum

Tendiert der Reichtum in Kuba dazu sich in wenigen Händen zu konzentrieren? Die Häufigkeit, mit der diese Besorgnis auftritt, könnte daran liegen, dass diese weniger auf Beweisen für diese Konzentration beruht, sondern eher ein Symptom für die Ungenauigkeiten und sozialen Zweifel darstellt, die die Veränderungen bezüglich auf das Eigentum begleiten. Autor: Ariel Terrero

Der Besitzer von sieben prähistorischen sogenannten „almendrones“, der sicher an keinem Ort der Welt als großer oder mittelgroßer Unternehmer bezeichnet würde, verwandelt sich in den Stadtteilen Havanas, wo die Geschichten sich schneller verbreiten als diese Taxis fahren können, in „den Millionär“. Weder der Eigentümer einiger Hostals mit an die zwanzig Zimmern, noch der best etablierte Paladar noch die Verteilerkette von Pizzen mit ein Dutzend Motorrädern kann bei diesem Wettbewerb mithalten.

Warum also begegnen die Leute dem so argwöhnisch? Warum kommt das Thema der Konzentration des Reichtums und des Eigentums in den Debatten auf?

Es blüht in einem Park, wo heftig über Baseball gestritten wird genauso wie auf einem gewerkschaftlichen Treffen, auf einem Bauernmarkt mit gestiegenen Preisen, im Bereich der Universitäten und unter den Abgeordneten, die im Juni auf der Sitzung der Nationalversammlung die programmatischen Dokumente des Umwandlungsprozesses unterstützt haben, der diese Beunruhigung ausgekostet hat.

Tendiert der Reichtum in Kuba dazu, sich in wenigen Händen zu konzentrieren? Die Häufigkeit, mit der diese Besorgnis auftritt, könnte daran liegen, dass diese weniger auf Beweisen für diese Konzentration beruht, sondern eher

ein Symptom für die Ungenauigkeiten und sozialen Zweifel ist, die die Veränderungen beim Eigentum begleiten oder auch ein Signal dafür, dass die Menschen zumindest die Bedingungen erahnen, die diese Bedrohung begünstigen.

Auch wenn die Furcht jetzt Gestalt annimmt, dass die privaten Geschäfte eine für das sozialistische Modell schädliche Größe erreichen – schädlich auch für die Entwicklung in anderen Ländern der Region – so haben diese Unternehmen doch bereits vor einigen Jahren die Bühne betreten. Die Aktualisierung des Wirtschaftsmodells öffnete ihnen die Türen, aber mit offen zweideutigen Formaten und Bezeichnungen.

Unter dem legalen Begriff der Arbeit auf eigene Rechnung leben sehr unterschiedliche Geschäfte mit Finanzierungen, Wirtschaftsstrukturen und Klasseninteressen zusammen.

Die statistischen Daten von über einer halben Million Arbeiter auf eigene Rechnung beinhalten Produzenten und einzelne Verkäufer wie den bescheidenen Verkäufer von Erdnüssen und den Eigentümer von Produktionsmitteln, die auf die Ausbeutung

von fremder Arbeit ausgelegt sind.

Zu den zwei Aktivitäten auf eigene Rechnung mit den meist registrierten Personen, die Verarbeitung und der Verkauf von Lebensmitteln (59.368) und der



Transport von Lasten und Passagieren (54.663) kommen bei beiden rd. 132 395 Arbeiter hinzu, die von den Besitzern eingestellt wurden, wie aus den Daten des Ministeriums für Arbeit und Sozialversicherung im Januar 2017 hervorgeht. Sie sind Lohnabhängige wie die Arbeiter staatlicher Unternehmen, auch wenn sie anderen Arbeitsregulierungen unterworfen sind.

Der moderne Sprachgebrauch verschlimmert die Ungenauigkeiten, denn einige vage Begriffe für Personen mit eigenen Geschäften, gewinnen an Raum. Vokabeln wie Unternehmer scheinen für einige einen schlechten Klang zu haben.

Die „unlogischen Euphemismen um die Realität zu verstecken“, kritisierte Raúl auf den 7. Parteitag, der im April 2016 die ersten offiziellen Dokumente verabschiedete, die explizit das private Unternehmen im kubanischen Sozialismus anerkennen.

Die Ungenauigkeiten was Begrenzungen und Höhe des Kapitals dieser Betriebe angeht, vertieft den Zweifel oder das Misstrauen in der Gesellschaft genauso wie die vagen gesetzlichen Formulierungen, in denen sich die neuen nicht-staatlichen wirtschaftlichen Initiativen bewegen. Der Erste Sekretär selbst warnte auf diesem Kongress dass „die privaten mittleren, kleinen und Mikrounternehmen heute ohne den entsprechenden Rechtsstatus funktionieren und sich vor dem Gesetz in einem Regelrahmen bewegen, der für Personen gedacht ist, die sich kleinen Geschäften widmen, die von ihnen selbst und ihrer Familie getätigt werden“.

Mangels eines Unternehmensgesetzes, das die privaten Formen unter gleichen Bedingungen wie die staatlichen und Kooperativen anerkennt, haben diese Akteure der Wirtschaft nur auf eine minimale gesetzliche Unterstützung in einigen Artikeln des Steuergesetzes und des Arbeitsrechts zur Einstellung fremder Arbeitskraft und der Resolutionen für Arbeiter auf eigene Rechnung zählen können.

Aber die neue Gesetzgebung für Unternehmen genügt nicht, wenn im wirt-

(...) Fortsetzung auf Seite 5

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Kappa optronics – Kameras für den Krieg

Dieser Artikel ist ein Vorabdruck einer antimilitaristischen Broschüre „Tatort Göttingen. Krieg beginnt hier!“ der DKP Göttingen zu militärischen Akteuren in der Region Südost-Niedersachsen.

In Gleichen wird für den Krieg produziert. Genauer gesagt in Klein Lengden unter der Anschrift Kleines Feld 6. Dort befindet sich der Hauptsitz der Firma Kappa optronics, die auch noch Niederlassungen in den USA, Frankreich und dem Vereinigten Königreich unterhält. Außerdem vertreibt die Firma Militram die Produkte von Kappa auch in Israel.

Kappa optronics stellt Kameras und optische Geräte für spezielle Aufgabenbereiche her. Dazu gehören zivile Anwendungsfelder, etwa Verkehrsüberwachungssysteme, Mikroskopie oder Messtechnik. Dazu gehören aber auch von Kappa auf der Hauptseite der Firmenhomepage genauso beworbene „Defence-Systeme“, also Geräte für militärische Anwendungen, bzw. Produkte, die sich sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich nutzen lassen. Das sind dann beispielsweise besonders robuste Kameras, die sich sowohl für den Einsatz in Panzern als auch in schweren Baufahrzeugen eignen oder sogenannte „Flight Eye“ Kameras, die in der zivilen und militärischen Luftfahrt eingesetzt werden und die daher z.B. in der Militärzeitschrift „Europäische Sicherheit & Technik“ beworben werden. Kappa hat Kamerasysteme für Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber, Drohnen und U-Boote im Angebot, dazu kommen noch Zielfernrohr-Kamerasysteme sowie Kameras, die sich zur Inspektion in großkalibrige Waffenläufe (wie Panzerrohre) einführen lassen. Auch Kameras zur Grenzüberwachung bietet die Firma nach eigener Auskunft an. Diese Produktpalette macht den „mittelständischen Hidden Champion“, wie sich das Unternehmen selbst gern bezeichnet, zum attraktiven Partner von Rüstungsunternehmen und Militär.

Alles in allem ist Kappa „in einem sehr spannenden Geschäftsfeld“ unterwegs, findet der Geschäftsführer Christian Stickl – zweifellos. Dieses Geschäftsfeld heißt eben auch Krieg und in dem winken immer

dicke Profite. Über die schweigt man sich in Gleichen zwar aus, als Jahresumsatz gab Kappa im Jahr 2014 allerdings 18 Millionen Euro an, nicht schlecht für ein Unternehmen mit knapp 120 Mitarbeitern. Daran wollen auch andere mitverdienen und so sind im Frühjahr 2016 die beiden Finanzinvestoren OMOS und AFINUM bei Kappa miteingestiegen, unter anderem mit dem Ziel der „weiteren internationalen Expansion“. Angesichts der weltweit immer weiter ansteigenden Zahl von Kriegen und Bürgerkriegen, die den Bedarf nach Militärtechnik made in Germany nach oben schnellen lassen, eine wohl berechtigte Hoffnung. Und Kappa optronics kennt wie die deutsche Rüstungsindustrie insgesamt die dankbarsten Märkte für ihre Güter: laut der Homepage ruestungsexporte-info.de exportiert Kappa seit 2012 (ein Endzeitpunkt ist nicht bekannt) mit Genehmigung des Bundessicherheitsrates Aufklärungstechnik an die erzreaktionäre islamistische Monarchie Saudi-Arabien. Das heißt also, wenn die saudische Luftwaffe beispielsweise Angriffe gegen die Huthi-Rebellen im Jemen fliegt, um den Einfluss des Konkurrenten Iran auf der arabischen Halbinsel zurückzudrängen, liefern die Produkte von Kappa optronics aus Gleichen die Bilder auf dem Radar. Da bei diesen Bombardements immer wieder Zivilisten sterben, bezeichnet amnesty international sie als Kriegsverbrechen.

Dabei zeigt das breite Angebot an Produkten aus dem Hause Kappa: die Zukunft des Unternehmens und damit auch die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen müssten nicht am Geschäft mit dem Krieg hängen. Eine Umstellung auf rein zivile Produktion, etwa wieder eine stärkere Konzentration auf den medizintechnischen Bereich, wäre möglich, sicher auch im Sinne der Mitarbeiter. Ob sie allerdings auch im Sinne der Geschäftsführer und der Investoren ist, ist fraglich.

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Bei Redaktionsschluss standen noch keine Termine für September fest.

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

Bundestagswahl 2017
Die Verursacher von
Flucht, Krieg & Armut
gemeinsam stoppen!



Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

Es vergeht kein Tag, in dem deutschen Leitmedien die russische Regierung nicht wegen ihrer angeblichen Aggressivität an den Pranger stellen. Fakt ist aber: Aggressiv und hochgefährlich ist die Stationierung deutscher Soldaten im Rahmen der NATO in Litauen an der russischen Grenze. Deshalb ist für die Kommunisten klar das Gebot der Stunde:

Frieden mit Russland!

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Die Göttinger Linke im Ortsrat Grone:

Die Sitzung des Orsrates Grone wurde wieder gründlich vorbereitet. So griffen die Mitglieder und Freunde der GÖLinke um Ortsratsmitglied Hendrik Falkenberg Themen aus den letzten Monaten auf, um einerseits deutlich zu machen, dass sie an den Themen „dranbleiben“ und andererseits neue Akzente zu setzen:



Belegung der leerstehenden Wohnungen in Grone: 10,38 Euro/ m2 werden inzwischen genommen.

Im vergangenen Jahr hatten die Aktivitäten vor allem des Runden Tisch Grone dafür gesorgt, dass Bewegung in den Leerstand kam: Die Stadt zahlte die Renovierung von 50 Wohnungen und bringt dort Menschen unter, die auf dem „freien“ Wohnungsmarkt kaum eine Chance haben. 25 Wohnungen waren bereits im Mai von 76 Personen bezogen worden.

Es ist aber auch herausgekommen, dass die „Adler Real Estate“ (Holding der Westgrund GmbH) inzwischen 10,38 Euro Kaltmiete/m2 (!) in einer Wohnung im Süntelweg nimmt!

Nun wollte H. Falkenberg wissen, welche Kriterien bei der Vergabe der Wohnungen angelegt werden und welchen Quadratmeterpreis die Stadt für die von ihnen selbst sanierten Wohnungen bezahlt.

Busverbindung zur Siekhöhe

Nach dem endgültigen Beschluss des Rates, die Flüchtlingsunterkunft Siekhöhe zu erhalten wird die Busanbindung um so wichtiger – vor allem im kommenden Winter. Und der Versuch, eine Buslinie zumkehr probeweise einzurichten, gab die Vorlage: H. Falkenberg beantragte, zusammen mit den GöVB dafür zu sorgen, dass die Einrichtung einer Buslinie über die Siekhöhe – probeweise – erfolgt.

Bei der Einreichung des Antrages erwartete er aber bereits auch seine Ablehnung, da die Leitung der GöVB keinerlei Interesse hat, eine Buslinie zu erweitern, da dies nur das Minus des ÖPNV in Göttingen erhöht: Betriebswirtschaft vor den Interessen von Menschen!

Schulsituation in Grone

Dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an den beiden Grundschulen in Grone unverhältnismäßig hoch ist, weiß inzwischen jede/r in Göttingen. Aber wie sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in Grone tatsächlich an den Schulen widerspiegelt, ist ja interessant zu wissen: Eine ganze Reihe von Eltern ohne Migrationshintergrund suchen (und finden!) Wege, ihre Kinder in anderen Stadtteilen einschulen zu lassen.

Die Fragen, die H. Falkenberg stellte, sollen statistische Angaben ergeben, anhand derer die Anzahl der außerhalb des Schulbezirkes eingeschulter Kinder nachvollziehbar wird.

Ziel ist es, dass die Groner Grundschulen entsprechend ihren Aufgaben personell ausgerüstet werden müssen, statt Eltern den Vorwand zu liefern, ihre Kinder in „normalen“ Schulen einzuschulen.

► Buntes Göttingen am 5. August: Grobian war dabei

Die Stadt Göttingen veranstaltete diese Aktion zum zweiten Mal und lud Organisationen und Initiativen ein. Es soll – so der Hintergrund – ein öffentliches Zeichen der Zivilgesellschaft gegen Neofaschismus und Rassismus sein. Und der Oberbürgermeister eröffnete denn auch u.a. mit den Worten, dass hier „Zeichen gegen Gewalt und Faschismus“ gesetzt werden.

In diesem Jahr beteiligten sich viele Initiativen, die im Bereich der Flüchtlingsarbeit tätig sind. Und aus diesen Reihen heraus ergab sich ein spontaner, wenn auch von den Veranstaltern ungewollter Beitrag: AktivistInnen „besetzten“ kurz die Bühne und prangerten die unmenschliche Abschiebep Praxis in diesem Land an.



Der Grobian-Stand – zusammen mit der FG: Die wohl ungünstigste Stelle auf dem Platz

(...) Fortsetzung von Seite 3

schaftlichen kommerziellen und monetären Kontext weiterhin das strukturelle Ungleichgewicht wie die Dualität der Währungen und der Wechselkurse und die Unvollkommenheiten beim Preissystem bestehen bleiben. Diese Deformierungen begünstigen in einigen Fällen die staatlichen Unternehmen – Großhandel, ausländischen Investitionen, Banken, Arbeitsschutz – und in anderen

die nicht-staatlichen Formen der Produktion und Dienstleistung – Lohnangebot, Flexibilität bei den Produktionskosten und der Einstellung von Arbeitern, finanzielle Zuwendungen als Kapital für Investitionen, Autonomie gegenüber den Kunden-

Von den Unterschieden bei den Einkünften aus der Arbeit der einen und der anderen Partei leiten sich die sozialen Ungleichheiten ab, die das reale Ausmaß,

was den Reichtum des privaten Geschäfts von heute angeht, überdimensionieren. Der Beweis ob letzterer für die Gesellschaft insgesamt schädlich oder nützlich ist, steht noch aus. Zuvor muss das wirtschaftliche Szenario neu geordnet und in Gang gebracht werden und vor allem die mehrheitlich staatlichen Industrien, die die wirkliche Entwicklung des Landes auf ihren Schultern tragen.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Im September findet keine Kreismitgliederversammlung statt.

LINKER Stammtisch

Dienstag, 5 + 19. September, 20 Uhr in der Hafenbar Kadenz, Jüdenstraße 17.

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Aufgrund der zahlreichen Wahlveranstaltungen in Göttingen findet im September keine Ortsmitgliederversammlung statt.

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Dienstag, 26. September, 19 Uhr, in Herzberg, Alevitischer Kulturverein, Hauptstr. 6
Landesfinanzen: Krankenhäuser, Schulen, Straßen, (...) in Ordnung bringen! mit Edgar Schu, Landtags-Wahlkreiskandidat Altkreis Osterode

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 13. September, 18 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Stine Rummel-Strebelow erfragen.

Workshop: Argumente gegen rechte Hetze (Ankündigung S. 8)

Dienstag, 5. September, 18 Uhr, Ort steht noch nicht fest.

Veranstaltungen zur Bundestags- und Landtagswahl

Mittwoch, 6. September, 19 Uhr im APEX, Burgstr. 46, Göttingen
„Zurück in den Landtag – Was bedeutet DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag? Mit Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Hessischen Landtag und unseren Wahlkreiskandidaten zur Landtagswahl Stine Rummel-Strebelow, Dr. Joachim Bons, Dr. Eckhard Fascher und Edgar Schu.

Freitag, 8. September, 17 Uhr im Holbornschen Haus, Rote Str. 34, Göttingen
Sozial-ökologischer Umbau – Was meint DIE LINKE damit eigentlich? Mit Johanna Scheringer-Wright, MdL Thüringen und Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE.

Mittwoch, 13. September, 18 Uhr im Saal der Roten Hilfe e.V., Geismar Landstr. 3, Göttingen
Rechtsruck und die Rolle der AfD mit Joachim Bischoff, Soziologe und Ökonom, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und DIE LINKE

Montag, 18. September, 17 Uhr Marktplatz vor dem Alten Rathaus,
Kundgebung mit Bernd Riexinger, Parteivorsitzender DIE LINKE und Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Bundestag.

Dienstag, 26. September, 19 Uhr, in Herzberg, Alevitischer Kulturverein, Hauptstr. 6
„Landesfinanzen: Krankenhäuser, Schulen, Straßen, (...) in Ordnung bringen!“ mit Edgar Schu, Landtags-Wahlkreiskandidat Altkreis Osterode

Und der wichtigste Termin: Wahlfete

So., 24. September, ab 17.30 Uhr in der Hafenbar Kadenz; Jüdenstr. 17, Göttingen

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

Ansprechpartnerin: Katja Sonntag
Katja.Sonntag@dielinke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:
Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke
Edgar Schu, Tel. 0551-20190386
edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft
Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen
Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke
Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform
Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN: DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► Landtagswahl 2017

Durch den Übertritt der bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend unbekanntenen grünen Landtagsabgeordneten Elke Twesten zur CDU und den Verlust der SPD/Grünen-Regierungs-Mehrheit ist die ursprünglich im Januar 2018 geplante Landtagswahl auf den 15. Oktober vorverlegt worden.

Bereits am Wochenende 20./21.05.2017 war in Braunschweig eine Landesliste aufgestellt und ein Programm zur Landtagswahl einstimmig verabschiedet worden. Diese Aufstellung behält ihre Gültigkeit.

► Landtagswahlprogramm einstimmig verabschiedet

Die einstimmige Verabschiedung des 70-seitigen Landeswahlprogramms war durch mehrere Konferenzen im Januar an verschiedenen Orten Niedersachsens und einen Landesratsschlag am 29. April in Hannover vorbereitet worden. Es gelang so im Vorfeld viele Anträge zum Programm einzuarbeiten und einvernehmlich das Programm zu verabschieden.

Aus dem Göttinger Kreisverband hatte es einige Änderungsanträge gegeben, dabei gelang es uns unter anderem folgende Punkte teilweise auch gegen den Willen der Programmkommission im Landtagswahlprogramm durchzusetzen:

- Realisierung eines verbindlichen Klimaschutzprogramms
- Das Rentenniveau soll 70 Prozent des Nettoeinkommens betragen.

- Abschaffung der BFE-Einheiten der Polizei

In seiner Presseerklärung zum Programm hatte der Landesverband folgende Passagen der Präambel besonders hervorgehoben: *„Wir wollen als starke soziale gesellschaftliche Opposition in den niedersächsischen Landtag einziehen. Wir wollen Druck für einen wirklichen Politikwechsel machen, denn die derzeitige Landesregierung verwaltet nur die Missstände und verweigert sich den dringend notwendigen Investitionen in die soziale Infrastruktur. Eine Regierungsbeteiligung schließen wir nicht grundsätzlich aus. Wir sagen aber deutlich; Bedingung hierfür ist, dass SPD und Grüne eine grundlegende Korrektur ihrer Politik vornehmen und endlich mit dem Geist der Agenda 2010 brechen.“* ■

► Liste zur Landtagswahl

Die LINKE Landesvorsitzende Anja Stoeck aus Buchholz in der Nordheide und der frühere Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Hans-Henning Adler aus Oldenburg führen die niedersächsische Landesliste an. Vor der Listenaufstellung hatte die Aufstellungsverammlung den Beschluss gefasst, eine weibliche Spitzenkandidatin zu nominieren und diese und den Zweitplatzierten als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl zu betrachten. Folgende Kandidatinnen und Kandidaten wurden gewählt:

1. Anja Stoeck (Harburg-Land)
2. Hans-Henning Adler (Oldenburg)
3. Ursula Weißer-Rölle (Braunschweig)
4. Herbert Behrens (Osterholz)
5. Behiye Uca (Celle)
6. Lars Leopold (Hildesheim)
7. Heidi Reichinek (Osnabrück)
8. Andreas Brändle (Hannover)

9. Edith Beltz (Delmenhorst)
10. Christoph Podstawa (Lüneburg)
11. Parwaneh Bokah (Hannover)
12. Matthias Wiedenlubbert (Lüchow-Dannenberg)
13. Kathrin Otto
14. Thomas Bartsch (Wesermarsch)
15. Nadije Memedi (Cuxhaven)
16. Victor Neufeld (Gifhorn)
17. Agnes Hasenjäger (Hannover)
18. Hartmut Ukena (Emden)
19. Eveleyne Engelhardt-Meyer
20. Torben Franz (Nienburg)
21. Bettina Kubiak (Leer)

Die ersten acht Plätze können bei einem Ergebnis von etwas über fünf Prozent als aussichtsreich gelten. Bei der Landtagswahl 2008 hatte es elf gewählte LINKE Landtagsabgeordnete gegeben.

Bei der Aufstellungsverammlung hatte es bei den ersten beiden Frauenplätzen mit Anja Stoeck und der früheren parlamentarischen Geschäftsführerin

der Landtagsfraktion Ursula Weißer-Rölle keine Gegenkandidaturen gegeben.

Bei den Männern wurde auf Platz 2 erwartungsgemäß Hans-Henning Adler gewählt, der sich gegen Lars Leopold von der Antikapitalistischen Linken durchsetzte. Lars wurde dann später auf Platz 6 gewählt. Der ehemalige Landesvorsitzende und Noch-Bundestagsabgeordnete Herbert Behrens setzte sich dann mit großer Mehrheit gegen zwei weitere Bewerber auf Platz 4 durch. Offensichtlich soll er nach dem Scheitern seiner Bewerbung zur Bundestagswahl nach dem Wunsch der Versammlung weiterhin eine wichtige Rolle im Landesverband spielen. Platz 5 ging an die Celler Ratsfrau Behiye Uca, der Schwester der ehemaligen Europaabgeordneten und jetzigen HDP-Abgeordneten Felek Uca.

Anders als bei der Landesvorstandswahl gab es hier bei den ersten sechs Plätzen keine wirklichen Überraschungen. Auch lässt sich kein klarer Richtungstrend feststellen.

Aus Göttinger Sicht lässt sich festhalten, dass wir auf dem Landesparteitag zwar inhaltlich erfolgreich waren, personell bei der Aufstellung der Landesliste aber nicht. Kandidaturen von Eckhard Fascher um die Plätze 8 bzw. 12 blieben chancenlos, obwohl die Kandidatur vorher lange bekannt war und es positive Reaktionen gegeben hatte. Überhaupt findet sich niemand aus dem südniedersächsischen Raum (GÖ, NOM, GS, HOL) auf der Landesliste.

► Direktkandidaten im Kreisverband:

Wahlkreis 12 Göttingen – Harz, entspricht dem ehemaligen Landkreis Osterode: Edgar Schu, Ratsherr und Aktivist der Sozialproteste.

Wahlkreis 15 Duderstadt, umfasst Duderstadt, Gieboldehausen, Radolfshausen, Gleichen, Friedland und Rosdorf: Stine Rummel-Strebelow, Ratsfrau in Rosdorf und Landesvorstandsmitglied

Wahlkreis 16 umfasst etwa das westliche Drittel von Göttingen und Hann. Münden, Staufenberg, Dransfeld, Adelebsen und Bovenden: Dr. Joachim Bons, Sozialwissenschaftler und langjähriger Berater für Hartz-IV-Betroffene.

Wahlkreis 17 umfasst die östlichen zwei Drittel von Göttingen: Dr. Eckhard Fascher, Sozialwissenschaftler sowie Gruppen- und Fraktionsvorsitzender im Göttinger Kreistag

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► Weiter im Wahlkampf!

Liebe Genossinnen und Genossen, durch die vorgezogene Landtagswahl ist jetzt bis zum 15. Oktober nicht nur der Bundestagswahlkampf sondern auch der zur Landtagswahl zu bewältigen. Wir werden uns nach der Zustellung dieser Göttinger Blätter noch 1,5 Monate in der heißen Wahlkampfphase befinden. Die Herbstferien werden diesmal keine Bedeutung für uns haben.

Dabei werden viele helfende Hände benötigt. Mithelfen kann jeder und jede, dazu muss mensch nicht Mitglied unserer Partei sein. Wie bei jeder Wahl gilt es Infostände und Veranstaltungen durchzu-

führen, Plakate zu kleben und Infomaterialien in Briefkästen zu ‚stecken‘.

Auch für September gibt es **Wahlveranstaltungen** zu sehr unterschiedlichen Themen sowohl zur Bundestags- als auch zur Landtagswahl. Die Termine findet Ihr auf der Terminseite.

Weiterhin werden wir samstags mehrere **Informationsstände** durchführen. Dies betrifft natürlich insbesondere die Göttinger Innenstadt, nahe dem Gänselesel, wo mindestens samstags ein Infostand stattfinden wird. Weitere Infostände wird es vor allem in Duderstadt, Hann. Münden und Osterode geben.

‚Steck‘-Aktionen: Wie jeden Wahlkampf

verfügen wir über unterschiedliche Materialien. Nur ein geringer Teil davon wird für die Infostände verwendet; für den überwiegenden Anteil sind wir auf engagierte Genoss*innen angewiesen, die diese Materialien direkt in die Briefkästen unserer Wähler*innen befördern.

Am sichtbarsten sind natürlich die **Plakate**, die nun zweimal im ganzen Kreis angebracht werden. Hier gibt es in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedliche Regeln. Während in Göttingen nur auf die Plakatwände plakatiert werden darf, ist dies an anderen Orten nur mit Pappen möglich. Besonders zeitintensiv ist dabei das Plakatieren im ländlichen Raum. Die Göttinger Umgebung, der Harz, das Eichsfeld oder auch die Weser sind doch Ausflüge wert.

Wer helfen will, kann dies am einfachsten per Telefon unter 0551-4956680 oder mit einer E-Mail an kreisverband@dielinke-goettingen.de tun.

► Neues aus dem Kreistag:

Kosten der Unterkunft:

Im Sozialausschuss vom 16.8. wurde ein neues Konzept zur Erstattung von Mietkosten bei Hartz IV (**„Kosten der Unterkunft“**) vorgestellt, das ab dem 1.9. angewendet wird. Anders als bisher wird eine Beschlussfassung durch den Kreistag als nicht mehr notwendig erachtet, sondern als laufendes Geschäft der Verwaltung betrachtet. Auch das ausführliche Konzept und die verwendeten Daten liegen den Kreistagsabgeordneten nicht vor. Offensichtlich fürchtet sich die Verwaltung vor einer kritischen Diskussion.

Das neue Konzept sieht aber deutliche Verbesserungen, insbesondere in der Stadt Göttingen vor, wobei vor allem kleine Haushalte profitieren. In Rosdorf und Bovenden, die nicht mehr mit Göttingen zusammengefasst werden, gibt es bei einzelnen Haushaltsgruppen allerdings auch Verschlechterungen, ähnlich wie in Münden. Auch dieses neue Konzept bleibt zum Teil deutlich unter der von den LINKEN und unserer Kreistagsgruppe geforderten Regelung, die Wohngeldtabelle plus zehn Prozent anzuwenden.

Die bisherigen „schlüssigen“ Konzepte hatten vor den Sozialgerichten bisher keinen Bestand gehabt, offen bleibt, ob auch dieses Konzept wie seine Vorgänger als unschlüssig angesehen wird.

Anträge zur nächsten Kreistagsitzung:

Gleich drei neue Anträge wird die Gruppe LINKE/ PIRATEN/PARTEI+ in die nächste Kreistagsitzung am 6. September einbringen:

Der Landkreis soll sich gegen den Neubau eines großen Möbelmarktes beim KaufPark wenden: Gegen erheblichen Widerstand hatte die SPD/Grüne Mehrheit im Stadtrat gegen alle anderen Parteien beschlossen, den Neubau eines Möbelmarktes mit 25.000 m² Fläche zu ermöglichen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Innenstadt und andere Möbelmärkte in Göttingen und den benachbarten Kleinstädten.

Schaffung von hundert geförderten, regulären Arbeitsplätzen: Ähnlich wie die früheren ABM sollen diese zusätzlich und gemeinnützig sein und Erwerbslosen normale Arbeitsverhältnisse ermöglichen. Dies wird auch eine Forderung im Landtagswahlkampf sein und wird in Ländern mit LINKER Regierungsbeteiligung praktiziert.

Tarifvertrag für die Beschäftigten der GAB: Wie andere Kommunen nutzt auch der Landkreis ausgelagerte, eigentlich kreiseigene Gesellschaften zur Umgehung des Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes. Die kreiseigene Gesellschaft für

Arbeit und Beschäftigungsförderung mBH hat noch keinen Tarifvertrag. Sie führt unter u.a. Qualifizierungsmaßnahmen durch und betreut Flüchtlingsunterkünfte.

Veranstaltungsankündigung

Workshop:

Argumente gegen rechte Hetze
Dienstag, 5. September, 18 Uhr,
Ort steht noch nicht fest.

Die AG Antifa der LINKE Göttingen lädt zusammen mit dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ mit ihrem Konzept „Stammtischkämpfer*innen“ Workshop ein.

In diesem Workshop entwickelt ein Teamer des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ zusammen mit den Teilnehmenden Argumentationsstrategien zum Umgang mit rechten Positionen und rassistischen Vorurteilen. In der 90-minütige Veranstaltung werden Verhaltensoptionen aufgezeigt und eingeübt. Ziel ist es, rechte Parolen am Stammtisch, im Pausenraum oder im Verein schnell und schlagfertig kontern zu können. Wir wollen nicht wortlos zuzusehen, sondern beherzt einschreiten können, wenn uns im Alltag Rassismus begegnet. Wir wollen gemeinsam üben, das Wort zu ergreifen und für solidarische Alternativen zu streiten.

Das Angebot richtet sich an alle Interessierten und ist kostenlos. Bitte melde Dich vorher für den Workshop an: ag-antifa@die-linke-goettingen.de

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

N-TV: Sonntag, 11. Juni 2017

▶ Interview mit Sahra Wagenknecht: „Dann will ich auch regieren“

Die Spitzenkandidatin der Linken, Sahra Wagenknecht, schließt eine Regierungsbeteiligung ihrer Partei nicht kategorisch aus. Für realistisch hält sie ein solches Szenario aber auch nicht. „Wir können regieren“, sagt sie. „Aber wir brauchen Partner, die Ähnliches wollen.“

n-tv: Wieder einmal ringt die Linke darum, ob sie Regierungsbeteiligung will oder nicht. Wenn man Ihre Interviews der vergangenen Tage liest, dann wird nicht ganz klar, was Sie eigentlich wollen.

Sahra Wagenknecht: Ich will die Politik in diesem Land verändern. Das kann man in einer Regierung, wenn man Partner hat. Wir wollen den Sozialstaat wiederherstellen, wir wollen die Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückholen. Wenn das von anderen Parteien mitgetragen wird, dann wäre das hervorragend, dann will ich auch regieren. Aber ich möchte nicht eine von diesen vielen Koalitionen, wie wir sie in den letzten Jahren hatten, die im Grunde genau das Gegenteil getan haben. Die haben prekäre Jobs geschaffen, sie haben die Renten gekürzt, sie haben die deutschen Soldaten in immer neue Kriegsabenteuer geschickt. Und eine solche Politik in einer Koalition fortzusetzen, das verbietet sich für die Linke, weil wir dadurch völlig unglaubwürdig würden.

Auch die Linke ringt darum, ob nur Kampfeinsätze tabu sein sollen oder Auslandseinsätze generell. Jedwede Auslandseinsätze zu untersagen, wird mit SPD und Grüne sicher nicht machbar sein.

Es geht um die Einsätze, bei denen die Bundeswehr daran beteiligt ist, dass Krieg geführt wird, und das sind die meisten Einsätze. Es geht um Afghanistan, es geht um Syrien – es geht um Einsätze, bei denen wir dazu beitragen, ganze Länder zu destabilisieren, und wo wir letztlich den islamistischen Terror nicht schwächer, sondern sogar stärker machen, weil es

so viele zivile Opfer gibt. Solche Einsätze sind für niemanden wichtig, sie bringen keinen Frieden und keine Sicherheit, sie destabilisieren diese Welt. Und ich finde es wirklich über alle Maßen schäbig, dass das immer noch weiter fortgesetzt wird.

Das ist eine rote Linie für Sie – aber wo sehen Sie denn Berührungspunkte? Die SPD hat gerade ein Rentenkonzept vorgestellt. Geht das in eine Richtung, die Sie sich vorstellen können?

Naja, das Rentenkonzept ist ja in einem solchen Grade mutlos, dass man es eigentlich nur als Werben für eine neue Große Koalition verstehen kann. 2013 hatte die SPD immerhin noch den Mut zu sagen: Wir wollen die Rente ab 67 zurücknehmen. Jetzt sagen sie, dass sie den Status quo verteidigen wollen. Sie feiern sich dafür, dass sie nicht einer Rente mit 70 zustimmen. Ich finde, das geht so überhaupt nicht. Wir wollen die Rentenkürzungen der letzten Jahre zurücknehmen. Wir wollen eine ordentliche gesetzliche Rente wiederherstellen und nicht diese Betrugsrenten subventionieren à la Riester oder diese sogenannte Betriebsrente von Frau Nahles, die auch nichts anderes als Riester ist. Das ist alles Unsicherheit, so finanziert man die Finanzmärkte, die Versicherungen macht man reich, aber man schafft nicht eine Sicherheit für das Alter der Menschen.

Sehen Sie auch irgendeinen Punkt, bei dem die Linke nachbessern muss? Denn laut einer YouGov-Umfrage sagt knapp die Hälfte der Deutschen, dass die Linke nicht regierungsfähig sei. Ein Drittel hält eine Bundesregierung unter Beteiligung der Linken für „schlecht“ bis „sehr schlecht“.

Erst mal: Ein Drittel findet, dass wir sehr wohl gut in eine Regierung passen würden. Wenn uns dieses Drittel auch wählen würde, hätten wir natürlich eine deutlich stärkere Position. Ansonsten kann ich nur sagen: Wir konnten es ja bisher leider nicht unter Beweis stellen. Dieser Slo-



gan, „regierungsunfähig“ – was soll das sein? Regierungsunfähig sind Parteien, die eine unfähige Regierung bilden; die unfähig sind, Politik für die Mehrheit zu machen. Davon haben wir in diesem Land viele Parteien, aber die Linke gehört nicht dazu. Insoweit meine ich: Wir können regieren. Aber wir brauchen Partner, die Ähnliches wollen.

Mit Sahra Wagenknecht sprach Miriam Pauli, Quelle: <http://www.n-tv.de/politik/Dann-will-ich-auch-regieren-article19883873.html>

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Zwischen politischem Auftrag und der Pflicht zur Verschwiegenheit

Handlungsmöglichkeiten GöLinker in Gremien städtischer Beteiligungsgesellschaft

Im Kommunalpolitischen Arbeitskreis am 09.08.2017 hat Tom Oesterreich durch ein kurzes Impulsreferat eine angeregte Diskussion angestoßen zur Frage: Wie können die linken Vertreter sich ihrem Auftrag gemäß für die Belange der „kleinen Leute“ in den Beteiligungsgesellschaften einsetzen, wenn sie über Inhalte und Diskussionen der Gremien schweigen müssen?

Zunächst wurde ein mögliches Einfallstor in die geheimen Konzernabsprachen skizziert: Das Transparenzgesetz, das es jeder/m BürgerIn ermöglichen soll, Auskünfte über das Geschäftsgebaren staatlicher Stellen zu erhalten. Dies gilt auch für Geschäfte, mit denen staatliche Stellen private Unternehmen beauftragen. Allerdings gibt es mehrere Pferdefüße dabei: Zum einen muss das Auskunftersuchen des/der BürgerIn ein „korrektes“ Anliegen sein, zum anderen sind die Auskünfte mit Gebühren belegt. Wieder mal die Frage, wer sich welches Wissen leisten kann und wie man verhindern kann, dass brisantes Wissen öffentlich wird. Allerdings erwähnte der Referent auch, es hätte durchaus erfolgreiche Klagen gegen zu hohe Gebühren gegeben.

Leider nütze uns das in Niedersachsen alles gar nichts, denn hier gibt es kein Transparenzgesetz, wie auch in Bayern nicht. Es gebe zwar einen Gesetzentwurf der Noch-Landesregierung, aber mit sehr engen Grenzen und ohne Gebührenobergrenze. Das klingt nach eher stumpfem Schwert.

Vorerst ist gerade aktuell auf Landesebene nichts zu erwarten. Umso wichtiger, dass die Vertreterinnen der GöLinken ihre Handlungsmöglichkeiten, innerhalb der engen Grenzen ausloten.

Folgende Möglichkeiten schälten sich in der Diskussion heraus: Man könne, so ein Diskussionsteilnehmer aus seiner Erfahrung, immer wieder in den Sitzungen der Gesellschaft die Präzisierung der Verschwiegenheit verlangen: Worüber genau muss ich schweigen, was darf ich wann herausgeben?

Auch werden ja Geschäftsberichte, Jahresabschlüsse und Bilanzen durchaus veröffentlicht. Das Veröffentlichte ließe sich nutzen, um unbequeme Fragen zu stellen.

Auch wenn die Vertreter der GöLinken in den Gesellschaftsgremien kaum politische Mehrheiten finden, gäbe es die Chance, z.B. teilnehmende VertreterInnen der Beschäftigten zu unterstützen.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:
Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:
Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Rolf Ralle
Edgar Schu

Auch ließen sich Themen der GöLinken bzw. der Fraktion aktiv auf die Tagesordnung der Versammlungen bringen. Um hierfür mehr Informationen zu sammeln, wurde zum Schluss des Treffens beschlossen, die nächsten Kommunalpolitischen Arbeitskreise für eine Art Rallye der Beteiligungsgesellschaften zu nutzen. Reihum werden diese eingeladen oder besucht. Dazu soll ein Fragenkatalog erarbeitet werden, um präzise Antworten zu erhalten, mit denen politisch gearbeitet werden kann. *bs*



Die GöLinken im Wahlkampf 2016

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mit Rücksicht auf die aktuellen Wahlkämpfe wird **im September kein Kommunalpolitischer Arbeitskreis** stattfinden. **Ab Oktober** werden wir uns thematisch verstärkt den ehem. städt. **Eigenbetrieben** zuwenden, deren privatrechtliche Auslagerung uns nicht von der notwendigen demokratischen Kontrolle abhalten wird. Davon unberührt bleiben die Mitglieder der GöLinke sowie die Fraktionen aufgefordert, **Themenvorschläge für den KompolAK** dem Sprecher*innenkreis der GöLinke **mitzuteilen**. Ein Koch ist nur so gut wie seine Zutaten! *pst*

Realsatire gegen Satire

Zur Ratssitzung am 18.8.17 hatte „die Partei“ einen Antrag auf Umbenennung Göttingens in Martin-Sonneborn-Stadt eingebracht. Bestimmt 20 Partei-Mitglieder – inklusive Martin Sonneborn selbst hatten sich auf der Zuschauertribüne eingefunden, wie überhaupt das Interesse an der Sitzung groß war – die Ränge waren voll besetzt. Gleich zu Beginn einer jeden Sitzung wird die Genehmigung zur Tagesordnung eingeholt und da preschte die SPD mit dem Antrag vor, sich nicht mit dem „Partei“-Antrag zu befassen und von der Tagesordnung zu streichen. Nun sieht die Geschäftsordnung vor, dass sich jede Fraktion zu diesem Antrag äußern kann und damit ist nicht gemeint, „wir sagen ja“ oder „wir sagen nein“. Genau das aber wollte die sozialdemokratische Ratsvorsitzende gnadenlos durchziehen. Durfte die Antragstellerin noch begründen, Satire sei im Rat unerwünscht, wurde allen anderen Fraktionen – außer der CDU, die sich im Vorfeld mit der SPD abgesprochen hatte, die Möglichkeit einer Antwort darauf verweigert. Natürlich zog das den Unmut der Zuschauer nach sich und diese äußerten sich daraufhin vernehmlich. SPD-Frau Blinkenstein drohte schließlich dem Publikum mit Räumung bei weiteren Reaktionen. Und damit löste sie laute Sprechchöre aus: „räumen, räumen, räumen!“ So langsam dämmerte ihr dann wohl, dass sie sich gerade in eine unmisliche Lage gebracht hatte, aus der sie alleine nicht mehr rauskommen würde. Also ergriff der OB das Wort und begründete die Nichtbefassung mit der Nichtzuständigkeit der Stadt. Ob er da so ganz richtigliegt, wird noch geprüft, schließlich ist die Umbenennung von Karl-Marx-Stadt in Chemnitz auch durch Bürgerbefragung zustande gekommen. Zudem durfte er auch noch zum Antrag von „die Partei“ Stellung nehmen. Schließlich ließ die Ratsvorsitzende abstimmen und bekam mit einfacher Mehrheit das erwünschte Ergebnis. Wir werden uns also demnächst mit dem Thema „Nichtbefassung von Anträgen“ befassen müssen, ist doch in der vorliegenden Variante die Möglichkeit des Missbrauchs der einfachen Ratsmehrheit zu groß. Es muss klare nachvollziehbare Kriterien geben, wann ein Antrag mit Nichtbefassung gestellt wird. Ist ein Antrag, faschistisch, sexistisch, beleidigend oder herabwürdigend, so muss sich niemand damit befassen. Satire gehört sicher nicht zu den Ausschlusskriterien. Gib mir mal ne Flasche Bier, sonst streik ich hier.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](http://goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Lex XXXL

Geht es nach der rotgrünen Ratsmehrheit, wird sich demnächst auf 23000m² ein riesiger Möbelmarkt beim Kaufpark ansiedeln. Extra dafür haben die beiden Fraktionen eine eigene Lex geschaffen und glauben nun, dass andere Möbelhäuser stillhalten und sich wie Schafe zum Schafott führen lassen. Ebenso betroffen ist der Einzelhandel in der Innenstadt, auch der wird nicht tatenlos zusehen, wie alles für die grüne Wiese getan wird und ihnen dabei das Wasser abgegraben. Schon vor der Beschlussfassung am Freitag deuteten sich Rechtstreitigkeiten an, die die Stadt wohl eingehen wird, aber an dessen Ende nur weitere Steuergelder unsinnig versenkt werden. Wie unsinnig das ganze Vorhaben geplant ist zeigt sich nicht zuletzt daran, wie detailliert die Liste der sogenannten „zentrenrelevanten Sortimente“ ist und auf wieviel Quadratmetern was verkauft werden darf. So werden Decken, Bettdecken, Tischdecken mit 1500m² erwähnt, Schneidwaren und Bestecke, sowie Glas, Porzellan, Bilderrahmen und Antiquitäten mit 1700m² runden nicht die Aufzählung ab, sondern zeigen die Unsinnigkeit des Vorhabens. Schon jetzt hat die Firma Bono einen Antrag gestellt, sich ähnlich wie der geplante XXXL-Markt aufstellen zu dürfen. Abgesehen von Sonderrechten für einzelne Großmärkte lehnen wir als Linke die völlig verfehlte Personalpolitik dieses Großmarktes ab.

Zudem wird das 2013 ausgehandelte Göttinger „Einzelhandelskonzept“ willkürlich außer Kraft gesetzt. Wer garantiert denn dem Einzelhandel jetzt noch, dass sich nicht demnächst Outlet-Zentren auf der grünen Wiese ansiedeln dürfen, für die Innenstadt bleiben ja noch nanu-nana- und 1-Euro-Märkte. Welchen Wert hat die Stadt dann noch als Vertragspartner, wenn so eigenmächtig alles jederzeit umgestoßen werden kann. Und wie falsch klingt das Gejammer von Baurat Dienberg über die Ausweitung von Baugebieten in Rosdorf, die die Göttinger Baulandschaft so schwer in Bedrängnis bringen würde. Planung sieht anders aus.

► DKP wählen? Symbolik? Druck von Links?

Es ist richtig, dass die DKP zur Bundestagswahlen antritt. Sie vertritt mit ihrem Sofortprogramm Forderungen, die angesichts einer sich zugespitzenden Situation die Macht des Monopolkapitals einschränken soll. Die DKP setzt auf Millionärsteuer von 2%, Kürzungen beim „Verteidigungsetat“, Enteignung der Waffenproduzentenprofite für Investitionen beim sozialen Wohnungsbau, für mehr Personal im Gesundheitswesen, mehr Lehrkräfte, etc. Aber so oder so ähnlich möchte es die Linkspartei ebenfalls haben. Die Linkspartei möchte wie die DKP ein Mindestlohn von 12€ armutssichere Renten und ja die Linkspartei geht über die Forderung der DKP hinaus mit 5% Vermögenssteuer. Also doch die Linkspartei wählen? Aber die Linkspartei rückt von ihren friedenspolitischen Forderungen ab, sie steht lediglich für „Ablehnung der Kriegseinsätze“ und zwar in klarer und unmissverständlichen Abgrenzung zur Ablehnung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Dürfen wir bald erleben, wie die Linkspartei „friedenssichernden“ Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmt? Wir wissen es nicht, was wir wissen ist, dass auch die damals revolutionäre Sozialdemokratie noch vor dem ersten Weltkrieg gegen den kommenden imperialistischen Krieg mobilisierte, um dann bei Kriegsausbruch gegen russischen Despotismus Vaterlandsverteidigung und Krieg jubelnd zu unterstützen. Auch die Grünen haben 1998 nicht in ihrem Wahlprogramm die Bombardierung Jugoslawien festgeschrieben. Die Linkspartei könnte in der Friedensfrage kippen, sollte sie Regierungsverantwortung im imperialistischen Deutschland übernehmen. Da ist Druck von Links notwendig!

Die DKP möchte auch mehr mit ihren Wahl- und Sofortprogramm bieten. Sie weiß, dass eine Wende zur sozialen und demokratischen Fortschritt nicht mit dem bürgerlichen Parlamentarismus herbeigeführt werden kann. Wir versprechen den Menschen kein Allheilmittel für all ihre Probleme, sondern wir wollen, dass die Menschen sich für diese Forderungen in den Organen ihrer ureigensten Interessenvertretung, den Gewerkschaften, organisieren und so die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zu verändern. Es

sind nicht ihre Wahlzettel, was für uns entscheidend ist, sondern ihre laute und organisierte Stimme. Wir hegen also keine Illusionen in den bürgerlichen Parlamentarismus.

Also doch nicht für die DKP stimmen?

Unsere Leser sind meist engagierte Linke in der Gewerkschaft, in der Friedens- oder Antifabewegung. Sie warten nicht auf die Empfehlung der DKP, um sich zu organisieren und so viel Druck werden 0,1% DKP-Wähler auf die Linkspartei nicht entwickeln, dass jetzt die Parteiobere für konsequentere linke Positionen stehen. Klar, eine Stimme für die DKP ist eine kleine antikapitalistische Demonstration in der Wahlkabine, die nicht nur gegen den Kapitalismus ist, sondern unmissverständlich auch für eine sozialistische/kommunistische Alternative. Viele unserer Demonstrationen bringen nun wirklich nicht viel, bisher haben die zig hunderte Demonstrationen gegen Faschisten weder die Faschisten abgeschafft noch die faschistische Gefahr gebannt. Die AfD wächst und wächst. Aber wir gehen trotzdem immer auf die Straße, wenn Faschisten da sind. Eine Stimme für uns ist mehr als vermeintliche Demonstrationsfolklore in der Wahlkabine. In Zeiten wachsender faschistischer Gefahr ist eine Stimme für die Linkspartei als stärkste linke Kraft im Parlament notwendig und richtig, meinen Einige. Auch das stimmt nicht ganz. Die faschistische Gefahr bekämpft man in der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Betrieben, auf die Straßen als Kern einer Volksfront und mit einer Arbeiterklasse, die den Faschismus den Boden entzieht, sprich den Kapitalismus über einen revolutionären Bruch überwindet. All das wird eine Stimme für die Linkspartei nicht erreichen. Aber etwa eine Stimme für die DKP?

Eine Stimme für die DKP muss mehr sein als reine Symbolik, auch wenn die Stimme eines Einzelnen das Wahlergebnis nicht verändert. Eine Stimme für die DKP ist organisierend für die Rechte der Arbeiterklasse und ihre Verbündete, denn die DKP ist die organisierte Form des künftigen neuen aufzubauenden Gesellschaftsformation, den Sozialismus/Kommunismus.

Bundestagswahl 2017

**Die Verursacher von
Flucht, Krieg & Armut
gemeinsam stoppen!**



**Nach der Wahl:
Weiterkämpfen!**

Vorstellungen der DKP für eine Wende zu einer Politik
des Friedens, des demokratischen und sozialen
Fortschritts

WAS DIE ROTEN WOLLEN

**Wo Unrecht
zu Recht wird,
wird Widerstand
zur Pflicht!**

BERTOLT BRECHT

JETZT MITMACHEN!

**Mal ehrlich:
Geld ist genug da.**

Unsere Sofortforderungen sind ohne weiteres
finanzierbar. Geld ist genug da. Es fließt in die
Rüstung und die Taschen der Reichen und
Superreichen.